Profile der Weltpolitik

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **46 (1967)**

Heft 10

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

still geworden. Nichts Derartiges ist in den letzten Jahren in Moskau wiederholt worden, und man kann schon angesichts der Rehabilitierung der hingerichteten angeblichen Trotzkisten, wie Ratajtschak und Schestow, annehmen, dass Ähnliches nicht mehr zum vorgeschriebenen Credo des Sowjetbürgers gehört. Was in den Moskauer Schauprozessen über Trotzki behauptet worden ist, war also unwahr. Um so berechtigter ist die Frage: Was ist nach den heutigen sowjetischen Erkenntnissen die Wahrheit über Trotzki?

Profile der Weltpolitik

Düstere Prognose U Thants

Anlässlich der Eröffnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Neuyork hat Generalsekretär U Thant in seiner Einleitung zum Jahresbericht eine Übersicht über die weltpolitischen Probleme gegeben. Auf 62 Seiten zeichnet er ein eher düsteres Bild der Gegenwart und ruft zu einer «Bewegung der Menschheit auf, um die Menschheit zu retten».

U Thant beklagt namentlich die Tendenz zu Gewaltlösungen und führt wörtlich aus: «Wenn die zügellose Gewaltanwendung akzeptiert wird und niemand sich gegen die Einschüchterung und die Drohungen erhebt, so schwindet die Hoffnung auf eine Weltordnung, so wie sie in der UNO-Charta in grossen Zügen dargelegt ist, immer mehr und wird vergebens. Wenn Vorurteile und Hass die Beziehungen zwischen den Nationen und Nationengruppen dominieren, so fällt die ganze Welt wieder in die Dunkelheit zurück. Wenn die Masseninformationsmittel die Gewalt in den Vordergrund stellen und ihr sogar ein gewisses Prestige zuerkennen und so vor allem den Jungen Geschmack an der Macht einprägen, werden die Leidenschaften gefährlich geschürt. Wenn die Macht und die militärischen Rivalitäten anstelle der Zusammenarbeit, der Verhandlungen, der Menschenrechte und der Diplomatie treten, wird der Alpdruck eines dritten Weltkrieges fühlbar. Aber auch wenn die Welt durch Grosszügigkeit des Schicksals der endgültigen Katastrophe entgeht, so bleibt doch die Tatsache, dass die Angst und die Gewalt die menschlichen Beziehungen entstellen und in den internationalen Beziehungen die Atmosphäre vergiften.»

U Thant betont, dass es zwar der UNO gelungen sei, in verschiedenen Konflikten Schlimmeres und Schlimmstes zu verhindern, dennoch hätten sich die Perspektiven der Weltlage deutlich verschlechtert. Der UNO sei es nie gelungen, die Ursachen der Konflikte zu behandeln. Wenn es nicht gelänge, die Ursachen der Konflikte zu eliminieren, so komme es unweigerlich zu militärischen Zusammenstössen.

Zu den Hauptursachen der Kriege zählt U Thant die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in der Welt, die von Tag zu Tag grösser werde: «Jede Woche steigt die Zahl der Menschen, die unter wirtschaftlicher und sozialer Ungerechtigkeit leiden, die vermieden werden könnte und von der sie wissen, dass sie vermieden werden könnte. Die Verantwortung für einen wirksameren Kampf gegen das Elend lastet schwer sowohl auf den Entwicklungsländern wie auf den entwickelten Ländern. Die neuen Nationen tun bei weitem nicht alles, was sie wirklich tun könnten und tun sollten. Die industrialisierten Länder müssen sich aus der Empfindungslosigkeiet lösen, in der sie sich wegen ihres Wohlstandes befinden und sich der Realitäten ihrer Umwelt bewusst werden, der grossen historischen Umwälzung, in die sie unvermeidlich hineingezogen werden.»

In bezug auf Vietnam fordert U Thant wiederum die Einstellung der amerikanischen Bombardierungen auf Nordvietnam als Vorbedingung zu einem Waffenstillstandsgespräch, sonst gehe der Krieg weiter. Für die Lösung des Nahostproblems sieht er nur eine «konzentrierte internationale Aktion».

Wenn auch die Prognosen U Thants eher düster klingen, realistisch sind sie jedenfalls. «Das geschwächte Vertrauen in die UNO» ist gerade in der Schweiz immer ein Argument gegen einen Beitritt unseres Landes. Aber man darf nicht vergessen, dass die UNO ein Spiegelbild der Weltlage ist und muss sich doch vor Augen halten, was ohne UNO sein könnte. Wenn sie auch bisher Schlimmes nicht verhüten konnte, das Schlimmste hat sie doch mitgeholfen, abzuwenden.

Die kranke Gesellschaft

«Aus der grossen Gesellschaft ist eine kranke Gesellschaft geworden», bemerkte kürzlich Senator William Fulbright, Präsident Johnsons schärfster Kritiker. Und diese Worte sagen mehr als lange Reden, sie sind eine treffende Zusammenfassung der verunglückten Politik des amerikanischen Präsidenten, der Amerikas Prestige in Vietnam aufs Spiel setzt, im eigenen Land einen Bürgerkrieg riskiert, ein Haushaltungsdefizit von 30 Milliarden Dollar zu bewältigen hat und dessen grosses Sozialprogramm zur Schaffung der «Grossen Gesellschaft» zum Stillstand gekommen ist. Diese vier Punkte hängen eng miteinander zusammen, und wiederum bringt sie Fulbright auf einen einfachen Nenner: «Der Krieg in Vietnam vergiftet und brutalisiert das Leben in den USA.»

Wird sich Amerika wie seinerzeit Frankreich in Vietnam die Zähne ausbeissen? Wird es wie Frankreich in Vietnam als Weltmacht abdanken? Jedenfalls dürfte es einmalig in der so stolzen Geschichte der USA sein, dass ein Verteidigungsminister die Ohnmacht der grössten Weltmacht eingestehen muss. McNamara musste das vor dem Wehrausschuss des amerikanischen Senats. Seine Äusserungen machten in aller Welt Schlagzeilen, vor

allem in den USA selber. McNamara musste zugeben, dass die Bombardierungen in Nordvietnam nicht die erhofften Wirkungen erzielt hatten, obwohl man praktisch alle Wünsche der Militärs erfüllte und 302 der 359 gewünschten Ziele freigegeben hatte. «Nordvietnam kann nicht an den Verhandlungstisch gebombt werden. Was auch immer der Nutzen einer Bombardierung der verbleibenden 57 Ziele sein mag, ich glaube, es ist klar, dass Angriffe auf sie den Krieg nicht wesentlich verkürzen würden. Bombardierung und Verminung der Häfen wäre keine wirkungsvolle Massnahme, um das Einsickern von Nachschub nach Südvietnam zu unterbinden. Auf der andern Seite der Gleichung: Wenn wir zu weniger gezielten Luftangriffen gegen den Norden übergehen würden, wären damit die Risiken verbunden, die ich im Augenblick für zu gross halte, als dass man sie mit dubiosen Erfolgsaussichten rechtfertigen und eingehen könnte.»

Wie aber aus diesem Dilemma herauskommen? Senator Stuart Symington, früherer Luftwaffenminister, kommentierte die Äusserungen McNamaras mit der Ansicht, falls der Verteidigungsminister recht habe, sollten «die USA zum frühest möglichen Zeitpunkt sich aus Vietnam zurückziehen». Johnson glaubt immer noch an die Gewalt und lässt verstärkte Angriffe auf Nordvietnam fliegen, obwohl der Widerstand immer grösser, die Verluste an Menschen und Material immer bedeutender werden. Nicht nur die USA eskalieren den Krieg in Vietnam, auch der Gegner verstärkt sich. Die zunehmenden Verluste an Flugzeugen lassen sich damit erklären, dass in Nordvietnam von der Lieferung sowjetischen Kriegsmaterials und der Ausbildung der Flabmannschaften durch sowjetische Offiziere profitiert.

Zu Hause riskiert Johnson mit seiner nutzlosen sturen Politik eine Niederlage bei den nächstes Jahr stattfindenden Wahlen. Der «Spiegel» schreibt: «Knapp vier Jahre Regierungszeit im Weissen Haus haben aus dem vitalen Texaner einen alten, nervösen, empfindsamen Mann gemacht. Längst ist die Ausstrahlungskraft des Mannes geschwunden, der einst bei öffentlichen Veranstaltungen Zehntausende begeisterte. Heute bitten ihn seine Parteifreunde, im Fernsehen nicht mehr aufzutreten.»

Jüngste Umfragen des Gallup-Institutes, auf die Johnson einst grössten Wert legte, haben ergeben, dass im August 1967 nur noch 39 Prozent der Amerikaner mit des Präsidenten Politik einverstanden sind, während es im Januar 1964 über 80 Prozent waren. Heute würde sowohl Johnson vom republikanischen Gespann Rockefeller/Reagan als auch von Romney in einer Wahl geschlagen, und was ihn besonders schmerzt, selbst in seiner eigenen Partei liegt längst Robert Kennedy punkto Popularität an der Spitze.

Johnsons Worte, die er noch vor zwei Jahren aussprach, klingen heute bitter ironisch: «Nehmen Sie jede beliebigen 50 Jahre in der Geschichte der USA und zeigen Sie mir, wann jemals mehr Fortschritte erzielt wurden.» Johnson, der stolz darauf ist, kaum je ein politisches Buch gelesen zu haben,

hat vielleicht jene Sätze seines Vorgängers John F. Kennedy gelesen, der stolz darauf war, viele politische Bücher gelesen und geschrieben zu haben, jene Sätze, die er in Dallas hatte sprechen wollen: «Und schliesslich sollte spätestens jetzt klar sein, dass eine Nation nach aussen nicht stärker sein kann als im Innern. Nur ein Amerika, das selbst praktiziert, was es über Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit predigt, wird von jenen respektiert, deren Entscheidungen unsere Zukunft beeinflussen können.»

Literatur

Lenins Machtergreifung

Die Oktoberrevolution

Anfang Oktober 1917 erklärte Lenin, immer noch in seinem finnländischen Versteck, Russland müsse «im Interesse der Armen gegen die Reichen» von ungefähr 240 000 Mitgliedern der Bolschewistischen Partei regiert werden, ebenso wie es unter dem Zarismus «von 130 000 Grundbesitzern» regiert worden war. Ebenso betonte er: «Unsere Partei erstrebt, wie jede andere politische Partei, die politische Herrschaft für sich.» Lenin machte also kein Hehl daraus, dass er nicht die Rätemacht, sondern die Parteimacht anstrebte. Diese Äusserungen wurden aber nicht ernst genommen, man betrachtete sie nur als Ergüsse eines angeblich weltfremden Theoretikers.

Am 23. Oktober wählte das bolschewistische Zentralkomitee zum erstenmal ein «Politisches Büro». Es bestand aus sieben Parteiführern, unter ihnen Lenin, Trotzki, Stalin, Sinojew und Kamenew. Drei Tage später beschloss dieses «Politbüro» die Schaffung eines bolschewistischen Aufstandskomitees unter dem Titel «Revolutionäres Militärkomitee». Die Parteispitze verfügte damit über einen technischen Hebel zur Durchführung des Staatsstreiches.

Nach aussen hin wurde dieses «Revolutionäre Militärkomitee», das nur 14 Tage zur Durchführung seiner Aufgabe vor sich hatte, als harmlose Angelegenheit hingestellt. Angeblich sollte es sich mit der Abwehr eventueller gegenrevolutionärer Verschwörungen und mit der Überwachung von Truppentransporten befassen. Zu diesem Zweck war es auch scheinbar «überparteilich», in Wirklichkeit sassen sichere Bolschewiken an allen Schlüsselpunkten.

Strenge Geheimhaltung

Alle technischen Vorbereitungen zur Durchführung der Machtergreifung wurden bei strengster Geheimhaltung getroffen. Nicht nur die andern